

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten Dresden.  
Verlagsredaktion: Postfach 25 241.  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Aug. 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung 1,50 Mark.  
Postbezugspreis für Monat Juli 3 Mark. Einjahrespreis 18 Piesent.  
Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet; die einseitige 30 mm breite  
Zeile 30 Pfg., für querswärts 25 Pfg. Familienanzeigen und Kleinanzeigen ohne  
Abzahl 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Anzeigen 150 Pfg.,  
außerhalb 200 Pfg. Chiffregebühren 10 Pfg. Wasm. Kulturträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Mariestraße 36/40.  
Druck u. Verlag von Henschel & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Rente 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Innerhalb der Schriftleitung werden nicht ausbezahlt.

## Friedensvorbereitungen in Tetuan.

### Austausch der Hauptforderungen zwischen dem spanisch-französischen Vertreter und den Rifleuten.

#### Die ungenügenden Empfangsvorbereitungen im Flüchtlingslager Schneidemühl trotz der Warnungen der Reichsregierung.

### Die Konferenz in Tetuan.

Dresden, 4. August. Die „Times“ berichtet aus Tanger, daß auf der Zusammenkunft zwischen dem Marquis de Estelles und den Rifemilitärs in Tetuan beide Parteien die Bedingungen mitteilten, unter denen es für möglich gehalten wird Friedensverhandlungen zu eröffnen. Die Rifgegner verlangten die Forderung Abd el Krim nach der Unabhängigkeit des Rifgebietes, sowie seine Forderung, daß die Verhandlungen in Tanger stattfinden sollen. Der Marquis de Estelles teilte seinerseits den Rifgegnern die auf der Madrider Konferenz vereinbarten französisch-spanischen Bedingungen mit. Die Rifemilitärs lehnten am Freitag nach dem Rif zurück und Sonntag ging ein besonderer Eilbote nach Madrid mit einem Bericht für Abd el Krim ab. (W. T. V.)

### Weitere Verschlechterung an der marokkanischen Front.

Paris, 3. August. Von der Marokkofront wird gemeldet, daß die Franzosen nimmer außer zahlreichen Fliegerstaffeln auch Tanks in größerer Zahl haben einziehen. Trotzdem hat sich die Lage an einigen Stellen der Front verschlechtert. Verschiedene Truppen der Araber sind bei Wessan durch die französischen Posten hindurchgedrungen und haben die rückwärtigen Verbindungen der Franzosen angegriffen. Von einer Popularität des Marokkofeldzuges in Paris kann keine Rede sein; es wird vielmehr angenommen, daß sich bei Wiedereröffnung der Kammer im September eine erneute scharfe Opposition der Sozialisten und Kommunisten geltend machen wird.

### Keine deutschen Generalfstabsoffiziere bei Abd el Krim.

Berlin, 3. Aug. „Petit Parisien“ machte Mitteilung von der Anwesenheit deutscher Generalfstabsoffiziere bei Abd el Krim und nannte die Namen Förster und von Lannenberg. Diese Mitteilungen sind absolut erfunden.

### Blutvergießen kubanischer „Freiwilliger“ für den Marokkorkrieg.

New York, 4. August. Sechs von 120 Freiwilligen, die in Kuba für Kriegsdienste gegen Abd el Krim angeworben worden waren, machten einen Versuch, von einem spanischen Schiffe, das sie beförderte, zu entkommen. Fünf von ihnen, die in den Flut sprangen, wurden wieder eingefangen und in Ketten gelegt. Einer entkam. Das Schiff fährt nach Cadix.

### Es schwellt auch in Syrien.

Paris, 3. August. Während Frankreich noch in Marokko mit einer kriegerischen Operation beschäftigt ist, melden Telegramme aus Syrien, daß auch dort französische Truppen im Kampfe stehen. Es handelt sich in Syrien um eine Embargo des Sultans Akrasch, der bereits vor zwei Jahren dem General Beyrout zu schaden machte. Damals wurde eine militärische Expedition organisiert, die sechs Monate mit den Aufständischen zu kämpfen hatte, bis der Sultan sich unterwarf. Heute versucht der Sultan nun einen neuen Aufstand, wie der „Mail“ meint, ermutigt durch das Vorgehen Abd el Krim. Die französische Regierung erklärt in ihrem offiziellen Bericht, daß die Unruhen „ohne große Bedeutung“ seien. Die Rebellen seien „blutig zurückgeschlagen“, und von französischen Soldaten seien nur wenige „leicht verwundet“. Immerhin läßt sich nicht verbergen, daß die Tatsache, daß Frankreich jetzt auch in Syrien kämpfen muß, sehr bedenklich stimmt. Die islamistische Bewegung nimmt größere Dimensionen an, die für Frankreichs Kolonialpolitik sehr gefährlich werden.

London, 3. August. Zur Entsetzung des eingeschlossenen französischen Postens in Sudda im französischen Mandatsgebiet in Syrien wurden britische Maschinengewehrabteilungen eingesetzt.

### 420 Millionen Pfund für die englische Luftflotte.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).  
London, 4. August. Das Unterhaus hat mit 111 gegen 118 Stimmen zugunsten des englischen Flugwesens einen Kredit von 420 Millionen Pfund und Steuererhöhungen genehmigt.

### Blutige Zusammenstöße in Italien.

Rom, 4. August. Das Dorf San Giovanni (Calabrien) wird, wie unzählige andere Gemeinden in Italien, durch einen Kommissar verwaltet, gegen den infolge der Erhöhung der örtlichen Steuern und wegen der Lebensmittelpreiserhöhung beständige Erbitterung herrscht. Trotz des Schlichtungsversuches rückt die Bevölkerung nach der Messe vor das Gemeindehaus und verlangte die Entlassung aller Beamten, die Herabsetzung der Lebensmittelpreise auf Vorkriegshöhe und die Abschaffung aller Steuern. Da die wütende Menge das Gemeindehaus zu stürmen und anzuzünden drohte, schloffen die Carabinieri, wobei 14 Personen getötet wurden, 15 Personen wurden verletzt, davon drei schwer.

## Preußens Verantwortung für Schneidemühl.

### Unbeachtete Warnungen der Reichsregierung

Schon im Morgenblatt war darüber berichtet worden, daß für die mangelhaft vorbereitete Aufnahme der aus Polen vertriebenen Opanten in erster Linie Preußen verantwortlich ist, wie das auch beispielsweise die „Times“ zum Ausdruck gebracht hat. Zu diesem ganzen Fragenkomplex wird uns nun heute noch folgendes mitgeteilt:  
Berlin, 4. August. Die Kommunisten haben im Reichstag eine Interpellation wegen der Verhältnisse in Schneidemühl eingebracht, die u. a. befragt, der Reichsregierung sei es seit einem Jahre bekannt, daß die Ausweisung von 20 000 Deutschen aus Polen ab 1. August erfolgen konnte und seit Wochen sei es ihr bekannt gewesen, daß diese Ausweisungen geplant waren. Das ist richtig. Seitens der Reichsregierung sind auch die notwendigen Schritte getan worden, soweit sie unabhängig ist. Die Fürsorge für die Vertriebenen ist aber Sache der Länderregierungen, in diesem Falle Preußens. Seitens der Reichsregierung sind auch schon vor geraumer Zeit erhebliche Beiträge zur Organisation und Unterbringung der Ausgewiesenen zur Verfügung gestellt worden.

An preussischen Regierungsstellen hat man indessen nicht geglaubt, daß die Polen ernst machen würden, und die darüber aus den Kreisen der Reichsregierung ausgehenden Zahlen sind vielfach als übertrieben bezeichnet worden. Infolgedessen sind auch die örtlichen Behörden bis zum letzten Augenblick im Unklaren über das Ausmaß der ihnen bevorstehenden Aufgabe gelassen worden, und Geldmittel haben sie nur in ungenügender Maße erhalten.

In dem Bericht des Schneidemühler Lagerleiters wird hervorgehoben, daß ein großer Teil der deutschen Opanten sich bis zum letzten Augenblick über den Ernst der Situation nicht klar gewesen ist. Die Deutsche Tageszeitung fragt nun, wozu denn das Deutsche Reich in Warschau eine Gesandtschaft unterhalte, deren Leiter doch die Möglichkeit und die Pflicht gehabt hätte, sich rechtzeitig um die Dinge zu kümmern und die in Betracht kommenden Deutschen darüber aufzuklären, was ihnen bevorstand. Wenn natürlich der deutsche Gesandte Ulrich Klausner, der der Sozialdemokratischen Partei angehört, seinen Urlaub unbedingt in die Wochen habe legen müssen, in denen die Opantenfrage akut wurde, so braucht man sich auch über dieses Verlangen nicht zu wundern.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt: Der Vorwurf der mangelnden Voraussicht wird durch das Verschäpfen von Hindernissen

auf dem Gebiete des Bureaucratismus in nichts entkräftet. Jetzt lagen sich die Anordnungen, die in aller Ruhe schon vor Monaten hätten erlassen werden können. Die Verteilung der zurückkehrenden Opanten, ihr Abtransport, die Beschaffung der elementarsten Unterkunfts- und Verpflegungsnotwendigkeiten hätte bereits vor dem Eintreffen der heimkehrer Deutschen bis ins kleinste geregelt sein müssen. Ist die ganze Not mit 9000 Wenden und vier Koffeln behoben, so ist schwer ersichtlich, warum die Flüchtlinge überhaupt erst frieren und hungern mußten, es sei denn, daß Genozid über den Schutz der Republik das leidliche Wohl der auf ihn Angewiesenen vergesen hat. Die übrigen Maßnahmen sind Zukunftsmusik. So dürfte es B. das „massive“ Rinderheim, falls die Bauarbeiter nicht gerade wieder einmal streiken, erst in Monaten fertigbar sein. Warum es heute noch nicht fertig dasteh, fragt man sich vergebens. Man kann sich des Eindringens nicht erwehren, daß heute Selbstverständlichkeiten als „großartige „Hilfsmassnahmen“ ausposaunt werden, um die großen Verhältnisse der verarmten wirtlichen Stelle, des preussischen Innenministeriums, zu verschleiern. — Wie aus Warschau gemeldet wird, hat die deutsche Reichsregierung für etwa 1000 Opanten die Gattigkeit der Opantenverwaltung angekauft. Die polnische Regierung hat sich bereit erklärt, die Ausweisung der betreffenden Personen bis zur Prüfung der deutscherseits erhobenen Einwendungen aufzuschieben.

Berlin, 4. August. Nach den letzten aus Schneidemühl vorliegenden Meldungen ist durch den Besuch Severings in Schneidemühl schon eine gewisse Entspannung der Lage eingetreten. Der Minister erklärte, daß es nach Behebung der hauptsächlichsten Mängel notwendig sein wird, auch für die sanitären Bedürfnisse der Opanten zu sorgen. Zu diesem Zweck soll eine Lagerbibliothek eingerichtet werden. Die Opanten, die zunächst keine Arbeit finden, sollen zur Teilnahme an Sport- und Turnspielen aufgefordert werden, bei denen die Schneidemühler Schwabbeamteten als Lehrer dienen werden. Die zur Unterbringung der Opanten von den einzelnen Regierungsbezirken benötigten Mittel werden von der Staatsregierung sofort aus Verfügung gestellt werden. Am Lager selbst wird ein Unterhaltungs- und Besessal eingerichtet werden, bedessen wird eine Beratungsstelle für Reichs-, Wohnungs- und Berufsfragen der Opanten ins Leben gerufen. Die Beratunagsstelle wird mit juristisch geschulten Männern besetzt.

### Die Leipziger Spitzenverbände zum Finanzausgleich.

Die Handelskammer Leipzig und die Leipziger Spitzenverbände von Handel und Industrie haben folgende Eingabe zum Finanzausgleich an den Reichstag gerichtet:  
Der Kampf, der um den Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern entbrannt ist, macht es uns zur Pflicht, in letzter Stunde nochmals unsere Stimme zu erheben und den Reichstag dringend darum zu bitten, den Wukrum der Länder und Gemeinden auf die Finanz- und Steuerhoheit des Reiches abzugeben.

Das das römische Reich deutscher Nation, da es finanziell unabhängig und abhängig von den Ländern war, zuletzt zu einem geographischen Begriff herabfiel, und daß auch der Deutsche Bund sich aus den gleichen Gründen zu keiner höheren politischen Macht aufschwüngen vermochte, ist aus der Geschichte hinreichend bekannt. Selbst an dem Deutschen Reich, das Bismarck im Jahre 1871 geschaffen hat, war die bedenkliche Schwäche, daß das Reich Volksgänger der Länder blieb. In der Vorkriegszeit ist es nicht gelungen, hierin eine Besserung herbeizuführen, und das Reich trat infolgedessen finanziell ungerüstet und mit Schulden belastet in den Weltkrieg. Erst der Nationalversammlung war es vorbehalten, aus der Not der Zeit heraus die Reichsfinanz- und Reichssteuerhoheit zu schaffen.

Bei der Aufstellung der Steuerquellen und des Steueraufkommens zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist es dann den Ländern und Gemeinden bedauerlicherweise gelungen, durch die S. Steuerordnung 90 Prozent des Aufkommens an Einkommen- und Körperschaftsteuer seitens des Reiches zugesprochen zu erhalten. Der Reichsregierung kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß, während im vergangenen Jahre die deutschen Steuerzahler, und insbesondere die deutsche Wirtschaft, die ihnen auferlegten Steuerlasten nur mit größten Opfern ertragen haben, den Ländern und Gemeinden durch die Lieberwölungen von Einkommen- und Körperschaftsteuern unkontrolliert gewaltige Geldsummen ausgeliefert wurden, die vielfach von den Ländern und Gemeinden für unnotige Ausgaben und Aufwände verwendet worden sind.

Jetzt nun, wo die Reichsregierung daran gehen will, die überspannten Steuerlasten abzubauen, da sonst die deutsche Wirtschaft durch die Steuern zugrunde zu gehen droht, und weiter, wo das Reich sich die größte Beschränkung in seinen Ausgaben auferlegen muß, um seine Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, wollen Länder und Gemeinden von Einschränkung nichts wissen und fordern nach wie vor dieselben hohen Steuerüberwölungen vom Reich für sich, ja darüber hinaus verlangen sie sogar noch ein unbefränktes Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer.

Demgegenüber stellen wir fest, daß das Reich in seiner Gesamtheit die Pflichten aus dem Londoner Abkommen übernommen und zu erfüllen hat. Deshalb ist die Aufrechterhaltung der Finanz- und Steuerhoheit des Reiches dringendes Gebot der Stunde. Will Deutschland jene Pflichten erfüllen und wieder zu einem freien Lande werden, so müssen jetzt alle unberechtigten Forderungen und Sonderinteressen der Länder und Gemeinden zurückgewiesen werden. Andernfalls würde die Finanzkraft des Deutschen Reiches geschwächt und die deutsche Währung läme unweigerlich in Gefahr. Nur, wenn die Währung gesund erhalten bleibt, kann das Reich die übernommene Last abtragen. Durch die unkontrollierte Wirtschaft mit den überlassenen Reichsgeldern gefährden die Länder und Gemeinden den Reichshaushalt und damit die Währung. Deshalb ist es erstes Erfordernis, daß die Ausgaben der Länder und Gemeinden überwacht werden und den Ländern und Gemeinden nichts überwiesen werden darf, was nicht zum unabweisbaren Bedarf gehört.

Bestimmte Proteste sind von den Ländern und Gemeinden gegen die Beschlüsse des Steueraususses des Reichstages erhoben worden, und es wird mit innerpolitischen Konflikten gedroht, falls den Wünschen der Länder und Gemeinden nicht entsprochen werden sollte. Wir verstehen diese bestigen Proteste selber nur zu gut, denn es ist nach unierer Kenntnis der Verhältnisse wirklich so, daß das Finanzgebaren verschiedener Länder und zahlreicher Gemeinden vor keiner Vaterländisch ernst gemeinten Kritik handhalten könnte. Wollen die Länder das ihnen nach der Reichsverfassung zustehende Einspruchsrecht geltend machen, so gefährden sie damit die Leistungsfähigkeit des Reiches und führen schenden Augen die internationale Finanzkontrolle über das Deutsche Reich herbei. Noch sind wir abergenug, daß die Länder mit diesen Mitteln nur drohen, um das Reich einzuschüchtern.

Wir bitten deshalb die Herren Reichstagsabgeordneten, sich durch die Drohung nicht irritieren zu lassen. Wenn die Länder dieses Unternehmen durchführen, so tragen sie auch die Verantwortung dafür, daß die Befreiung des deutschen Vaterlandes nicht verwirklicht werden kann.

Bei dieser Sachlage kann unseres Erachtens die Aufgabe des Reichstages nur darin bestehen, die Forderungen der Länder und Gemeinden mit aller Entschiedenheit abzulehnen, ihnen das unbefränktes Zuschlagsrecht zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu verweigern, dagegen an der Finanzkontrolle festzuhalten und mindestens 25 Prozent des Aufkommens aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer dem Reich zu sichern.